



Nueva Nicaragua Informe

20. Jahrgang

März 2023

Nr. 224

Solidaritätskonferenz in London

Quelle: Diario Barricada

Die Londoner Solidaritätskonferenz ist das größte Solidaritätstreffen in Europa. Sie wird jedes Jahr von den Solidaritätsbewegungen für Nicaragua, Kuba und Venezuela organisiert.

Unter dem Motto „Fortschritt und Widerstand in Lateinamerika“ begrüßten in diesem Jahr führende Vertreter von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, Akademiker und Aktivisten der Human Rights University of Pittsburgh, die britischen Labour-Abgeordneten Jeremy Corbyn, Christine Blower, Paul Maskey, Richard Burgon, Zarah Sultana und Genosse Dan Kovalik, Freund von Nicaragua, Autor und Professor, die jüngsten Wahlsiege in Unserem Amerika. Sie bekundeten dem Kontinent der Hoffnung ihre feste Unterstützung. Sie bekräftigten die Solidarität mit dem Widerstand Nicaraguas, Kubas und Venezuelas gegen die reaktionäre Agenda und den imperialistischen Interventionismus. Sie forderten die Achtung der Souveränität und des Rechts der amerikanischen Völker auf Frieden, Würde und Wohlstand.



Dan Kovalik stellte sein Buch „Nicaragua: Eine Geschichte des Widerstands gegen die Interventionen der USA“ vor. Darin beschreibt er das Beispiel Nicaraguas, seines sozialistischen und solidarischen Modells, seines sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts. Er erklärte, dass die Bürger Nicaraguas ermächtigt sind, ihr Land gegen die imperialen Aggressionen der Vereinigten Staaten und Europas zu verteidigen.

Vierzehn neue Botschafter in Managua

Quelle: *Diario Barricada*



Am 6. Februar 2023 nahm Nicaraguas Präsident Comandante Daniel Ortega die Beglaubigungsschreiben von 14 neuen Botschaftern im Olof Palme Convention Center, Managua, entgegen. Sie kamen aus der Dominikanischen Republik, Bolivien, Kuba, der VR China, Italien, Mexiko, Spanien, Brasilien, Kolumbien, Honduras, dem Iran, Südkorea, Abchasien und Japan.

In seiner Rede ging Comandante Ortega auf das VII. Gipfeltreffen der Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC) ein. Er erklärte: „Ich bin davon überzeugt, dass wir uns an dieses Prinzip halten

werden, das wir auf dem CELAC-Treffen in Havanna unterschrieben haben, als wir Lateinamerika und die Karibik zu einer Zone des Friedens erklärten... Dabei geht es auch um ein Ende der brutalen Gewalttaten in Kolumbien, um ein Ende des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität in Mexiko. Diese Verbrechen existieren, weil sie einen großen Markt in den Vereinigten Staaten haben... Wenn es diesen Markt nicht gäbe, könnten die Drogenhändler nicht existieren oder sich organisieren... Der große Markt im Norden, ...ist der Grund für das Übel.“

Daniel Ortega erinnerte in seiner Rede an den Vater der Moderne, Rubén Darío, dessen Todestag sich an diesem 6. Februar zum 107mal jährte. „Dario kämpft immer für den Frieden“, sagte er.

„Als Darío zu schreiben begann, nannten sie ihn den Kinderdichter. Damals konnte sich niemand vorstellen, dass ein Nicaraguaner, ein bescheidener Junge, später einmal mit seiner Prosa immer für den Frieden eintreten und einen großen Teil der Welt bereisen würde.“

Der Präsident hob die Rolle Daríos als Diplomat und Journalist hervor. „In der Diplomatie ging es ihm immer um den Kampf für den Frieden. Als Journalist trat er immer für den Frieden ein... Dario hatte tiefe Gefühle für die Würde der Menschen, die der Sklaverei und Machtlosigkeit unterworfen waren. Er beschrieb das Heldentum der Indigenen... An die Regierung der USA richtete er das berühmte Schreiben, das er dem Helden Caupolicán gewidmet hatte und das die Last, den Schmerz und das Leiden der chilenischen, lateinamerikanischen und karibischen Ureinwohner widerspiegelte...“

Abschließend sagte der Präsident: „Wir sind alle Brüder aus derselben Familie, auch wenn wir uns ab und zu mal streiten... Wir haben die Fähigkeit, einander zu verstehen, einander zu respektieren... Die Organisation der Vereinten Nationen tut nichts, um die Prinzipien und Regeln zu respektieren... Aber wir, Lateinamerikaner und die Kariben, können viel zusammen tun, um diese Übel zu beenden... Hier treffen Sie ein Volk, das für den Frieden kämpft; ein Volk, das Sie in allen Gemeinden, Betrieben und Familien mit offenen Armen empfängt; das Sie mit Freude und Liebe aufnimmt.“

Manuel Antonio García Moia gestorben

Quelle: *Diario Barricada*



Manuel Antonio García Moia, Schöpfer des Wandgemäldes „Nicaraguanisches Dorf – Monimbó 1978“ am Monimbó-Platz in Berlin-Lichtenberg, verstarb am 10. Februar 2023 in Frederick (Maryland) in den USA.

Manuel Antonio García Moia wurde 1936 in Monimbó, Indigenen-Pueblo von Masaya, Nicaragua, geboren. Meister Rodrigo Peñalba entdeckte ihn 1959 und holte ihn an die Nationalschule für Schöne Künste in Managua. Unter Anleitung des Meisters entwickelte Moia seinen unverkennbaren „naiven“ Malstil weiter. Seine Bilder widerspiegeln die Liebe zur Heimat Monimbó, aber auch den Humor, mit dem er Folklore, Tänze, Traditionen, Feste, Mahlzeiten und religiöse Szenen darstellte.

Seine farbenfrohen Werke befinden sich in verschiedenen Kunstsammlungen und Museen der Welt. Das Wandgemälde „Nicaraguanisches Dorf – Monimbó 1978“ in Berlin gilt als das größte Wandgemälde primitiver Malerei der Welt. Es entstand 1985 und wurde 2019/2020 nach einer Rettungsaktion der „Initiative für den Erhalt des Nicaragua-Giebelwandgemäldes beim Kulturring in Berlin e.V.“ restauriert.

2017 wurden Werke aus dem reichen Schaffen Moias in das Nationalmuseum für primitive Malerei „Asilia Guillen“ im Kulturzentrum des Klosters San Francisco in der Stadt Granada aufgenommen.



Wandbild 2005, Foto: Gabriele Senft

Der Volksaufstand im indigenen Viertel Monimbó

Jeraldine Baquedano, Diario Barricada

Vor 45 Jahren, am 2. Februar 1978 griff ein Kommando der FSLN unter der Führung von Comandante Camilo Ortega ein Kommando der Nationalgarde in Rivas an und eroberte Granada. Am 7. Februar besetzten Truppen der Nationalgarde Monimbó. Dort fand am 10. Februar die Messe für den ermordeten Pedro Joaquín Chamorro in der Kirche San Sebastián statt.

Am 19. Februar 1978 erhob sich die Bevölkerung des indigenen Viertels Monimbó in Masaya gegen das Unterdrückungsregime der Somoza-Diktatur und ihrer Nationalgarde. Sie wurde von der Führung der Sandinistischen Befreiungsfront unterstützt. Die FSLN-Kommandos von Camilo Ortega, Hilario Sánchez und Ulises Tapia Roa befehligten einen Verteidigungsring, der aus drei Sektoren bestand: Nr. 1 östlich der Four Corners, Nr. 2 in Lomas de Sandino und Nr. 3 in Monimbo.

Angesichts der Unfähigkeit, die Kontrolle über die Nachbarschaft zu übernehmen, setzte die Nationalgarde zwei Kampfhubschrauber ein und griff die Bevölkerung an. Die Bevölkerung von Monimbó begann, Kontaktbomben gegen die Häuser von Somoza-Kollaborateuren abzufeuern. Am 21. Februar errichtete die Bevölkerung Barrikaden. Der Widerstand breitete sich auf weitere Stadtteile Masayas aus. Mehrere Tage lang widersetzte sich Monimbó heldenhaft der Nationalgarde.

Am 26. Februar griff die Nationalgarde an. Die Comandantes Camilo Ortega, Arnoldo Quant Ponce und Rito fielen im Kampf. Die Heldentat des indigenen Viertels Monimbó trug zum Sieg der Sandinistischen Volksrevolution am 19. Juli 1979 bei.

Korrektur

Im Sonderheft Februar 2023, Nr. 223, „**Der General der freien Menschen Augusto César Sandino**“ muss es auf Seite 12 heißen:

Die chilenische Poetin Gabriela Mistral beschrieb am 4. März 1928 in der Zeitung *El Mercurio* aus Santiago de Chile die sandinistische Truppe als „kleine verrückte Armee des Opferwillens“.

Haus der Souveränität

Mercedes Estrada, Diario Barricada

In Managua wurde das Haus der Souveränität „Pater Miguel d'Escoto Brockmann“ eingeweiht und den Nicaraguanerinnen und Nicaraguanern als Einrichtung für das kontinuierliche Studium der Geschichte des Kampfes für die Unabhängigkeit und nationalen Identität zur Verfügung gestellt.

Im Haus der Souveränität gibt es ein dokumentarisches, bibliografisches und grafisches Archivzentrum, das lebendige Zeugnisse der Geschichte Nicaraguas und der Welt bietet.



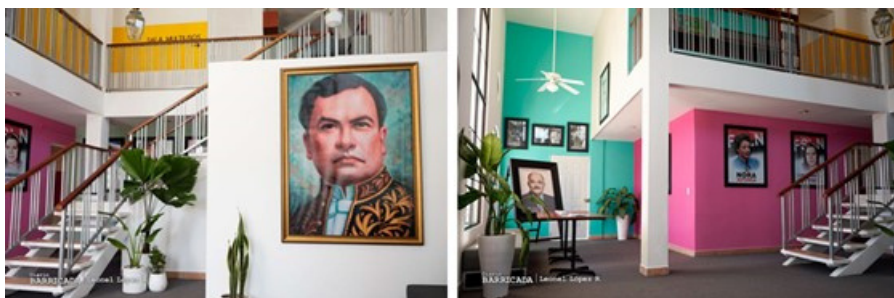
Früher befanden sich in diesem Haus die Büros der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS). Am 19. November 2021 hatte der nicaraguanische Außenminister Dennis Moncada den Austritt Nicaraguas aus der OAS bekanntgegeben. „In Übereinstimmung mit dem, was dort festgelegt wurde, verurteilen die Republik Nicaragua, ihr Staat und unser Volk die Organisation Amerikanischer Staaten als Einmischungsorgan. In hoher nationaler Würde ziehen wir uns aus dieser Organisation wegen inakzeptabler und unzulässiger Einmischung in die Angelegenheiten unseres Landes zurück“, sagte er damals.

Nun dient das Haus dazu, sich verstärkt auf die Vermittlung der Werte und Prinzipien der Souveränität, Würde und Selbstbestimmung des nicaraguansichen Volkes zu konzentrieren. Es wurde der Nationalen Autonomen Universität (UNAN) Managua zugeordnet.



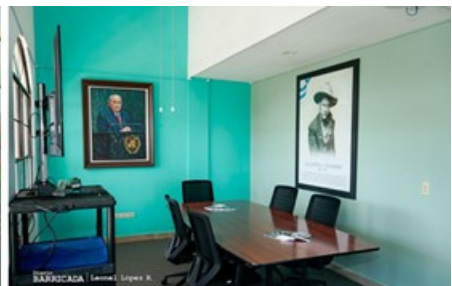
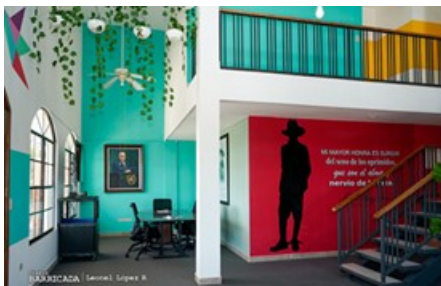
Ramona Rodríguez, Präsidentin des Nationalrats der Universitäten und Rektorin der UNAN Managua, würdigte den ehemaligen Außenminister Nicaraguas Pater Miguel d'Escoto Brockmann. „Er war ein Beispiel des Kämpfers für die Selbstbestimmung der Völker, für ein gerechteres und solidarisches Leben. Er vertrat die Vision einer multipolaren Welt mit souveränen und unabhängigen Staaten... Das Pater-Miguel-d'Escoto-Brockmann-Haus wird ein Ort des Studiums, der Ausbildung und der Forschung unserer Lehre und Praxis der Unabhängigkeit, Souveränität, Würde und nationalen Identität als Schlüsselfaktoren für die umfassende Entwicklung unseres Volkes sein.“

Rodríguez betonte, dass das „Haus der Souveränität“ als nationales und internationales Referenzzentrum für Forschung und umfassende Ausbildung aufgebaut wurde. Es soll dazu beitragen, die historische Aufgabe eines Projekts der sozialen Gerechtigkeit, das die Völker Unseres Amerikas fordern, zu erfüllen.

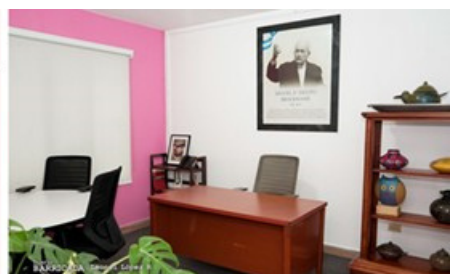




Der nicaraguanische Außenminister Moncada wies darauf hin, dass mit diesem Haus das Studium und die Analyse der nationalen und internationalen Realität erleichtert werden. „Pater Miguel d'Escoto Brockmann war ein Außenminister der Würde, des Friedens, der sandinistischen Volksrevolution, ein vorbildlichen Priester und Verteidiger der Souveränität... Er war voller Liebe für die Menschen. Er wollte Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität.“



Und weiter: „Wir gedenken Pater Miguel d'Escoto mit Zuneigung, Bewunderung, Respekt, Dankbarkeit, Brüderlichkeit und kämpferischem Willen im bewussten Kampf um neue Siege. Wir wollen unsere Freiheit, die Sicherheit der Bürger, die internationale Solidarität und den Frieden stärken.“



Adelante-Programm zahlt neun Millionen Córdoba aus

Mercedes Estrada, Diario Barricada



Gustavo Zapata, Geschäftsführer des Adelante-Programms „Fairer und Sozialer Kredit“, sagte, dass sie seit Januar landesweit in mehr als 43 Gemeinden tätig sind und mehr als 200 Familien unterstützen. „Parallel dazu werden wir in der nächsten Zeit auf nationaler Ebene mehr als neun Millionen Córdoba in die Familien- und Territorialwirtschaft einsetzen.“

Das Hauptziel dieses Programms besteht darin, die Produktion und das Einkommen der Unternehmensgründer zu steigern und die Armut im Land zu verringern. Seit September 2022 wurden mehr als 110 Millionen Córdoba an kleine und mittlere Erzeuger, Verarbeiter und Vermarkter in 130 Gemeinden des Landes ausgereicht. Von den 2.100 Familienwirtschaften werden 45 Prozent von Frauen geführt.

Die Unternehmensgründer investieren das Geld in Lebensmittelgeschäfte, Verkauf von Meeresfrüchten, Verkauf von Kleidung, Schweineschlachtungen, Transportdienste, Imkerei, Kauf und Verkauf von Altmetall, Verkauf von Handyteilen.

Wirtschaft entwickelt sich positiv

Von Mercedes Estrada, Diario Barricada



Der Präsident der Zentralbank Nicaraguas (BCN) Ovidio Reyes präsentierte der Nationalversammlung den Bericht über die wirtschaftliche Lage und die Vorausschau für 2023. Er verwies darauf, dass die Wirtschaft des Landes bereits das zweite Jahr eine positive Entwicklung der Wirtschaftstätigkeit, der Beschäftigung, der stabilen Finanzen und des öffentlichen Sektors verzeichne. „Wir können feststellen, dass die Grundlagen der Wirtschaft beibehalten und wir Fortschritte in der Kontinuität der bisherigen guten wirtschaftlichen Entwicklung erzielten, obwohl sie durch Störungen wie die COVID-Pandemie und die Hurrikans unterbrochen wurde.“

Das Land war trotz Hurrikans und Pandemie in der Lage, seine Positionen zu erhalten und Spitzenleistungen zu erzielen. „Unsere Stärke beruht auf der hohen Widerstandsfähigkeit des Primärsektors unserer Wirtschaft, d.h. der Landwirtschaft, der Fischerei, des Bergbaus und der Forstwirtschaft, die heute einen starken Exportbereich darstellen. Unsere Produkte fanden gute Preise und Märkte.“

Reyes bekräftigte, dass die nicaraguanische Wirtschaft von einer halbgeschlossenen in einer für den Handel weitgehend offene und in den internationalen Wettbewerb eingebundene Wirtschaft übergegangen sei. Sie generiere ausreichende Ressourcen, um die Wirtschaftstätigkeit und globale Stabilität zu finanzieren. Das sei eine Garantie dafür, dass das Wirtschaftswachstum in der Gegenwart und in den kommenden Jahren anhalte.

Wirtschaftstätigkeit des Jahres 2022

Reyes erklärte, dass die Wirtschaftstätigkeit im Jahr 2022 den Wachstumskurs beibehielt, der sich in allen Sektoren und bei der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (PIB) widerspiegelte. Das Wirtschaftswachstum 2022 betrug vier Prozent. Verantwortlich dafür waren die primären und sekundären Sektoren. Ihre Aktivitäten, die sich durch ihre Exportorientierung auszeichnen, wie Landwirtschaft, Fischerei und verarbeitendes Gewerbe. Er wies darauf hin, dass die Dienstleistungsaktivitäten in eine Phase größerer Dynamik mit hohen zwischenjährlichen Wachstumsraten in den Bereichen Hotels, Restaurants, Transport, Kommunikation, Finanzvermittlung und Handel eingetreten sind.

Reyes sagte, dass Exporte in einem Umfeld guter Nachfrage und hoher internationaler Preise für exportfähige Produzenten ein starker Faktor für die Wirtschaft seien. Er wies auch darauf hin, dass das Nicaraguanische Institut für soziale Sicherheit (INSS) im Dezember 2022 eine Zahl von 783.384 organisierten Mitgliedern erreicht habe.

Finanzen mit positiver Entwicklung

Reyes brachte zum Ausdruck, dass die Finanzen eine positive Entwicklung aufweisen und dass sich das Kreditwachstum sowie die Dynamik der Wirtschaftstätigkeit konsolidiert haben, was sich positiv auf die Erwartungen der Wirtschaftsakteure und die Zahlungsfähigkeit von Haushalten und Unternehmen auswirkt. „Das nicaraguanische Finanzsystem zeigt weiterhin eine solide und widerstandsfähige Position mit Liquiditätskapitalniveaus über den regulatorischen Mindestwerten.“

Reyes wies darauf hin, dass Nicaragua im Jahre 2022 die Kreditrückgewinnung konsolidierte. Das widerspiegelt sich in Portfolioerhöhungen, die hauptsächlich durch höhere öffentliche Einlagen erreicht wurden. Im Dezember 2022 stiegen die Einlagen um 12,9 Prozent, während die Kredite im Jahresvergleich um 15,3 Prozent zunahmen.

Nicaragua und China bekräftigen Zusammenarbeit

Quelle: *Diario Barricada*



Eine Delegation der Regierung Nicaraguas war in offizieller Mission in der Volksrepublik China. Sie bestand aus Laureano Ortega Murillo, Berater des Präsidenten für Investitionen, Handel und internationale Zusammenarbeit, Iván Acosta, Minister für Finanzen und öffentliche Kredite, Jesús Bermúdez, Minister für Entwicklung, Industrie und Handel; Daniel Edmundo Ortega Murillo, Medienkoordinator des Rates für Kommunikation und Bürgerschaft, und Compañero Ian Coronel, Botschafter Nicaraguas.

Die Delegation traf sich mit Wang Yi, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und des Staatsrates. Beim Treffen wurde über die verschiedenen zwischen den beiden Ländern unterzeichneten Abkommen, laufenden Projekte sowie das Potenzial für eine Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen zum Wohle der Völker beider Länder beraten.

Ein weiteres Treffen gab es mit Liu Jianchao, Leiter der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, in dem es um die Stärkung der Beziehungen zwischen beiden Parteien ging.

Mit Ma Zhaoxu, Vizeminister für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik China, und Luo Zhaohui, Direktor der chinesischen Agentur für inter-

nationale Entwicklungszusammenarbeit sprach die Delegation über die Vorhaben in den Bereichen Wohnen, Trinkwasser und sanitäre Einrichtungen, Energie, Infrastruktur, Gesundheit und Bildung. Des Weiteren traf sich die Delegation mit Ji Xiaoyong, Direktor des staatlichen Unternehmens POWERCHINA; Reng Shengjun, Direktor der China Export-Import Bank, und Ouyang Weimin, Vorsitzender der China Development Bank.

Ein weiteres Treffen gab es mit Shen Haixiong, Präsident der China Media Group. Die nicaraguanische Delegation dankte der Chinese Media Group dafür, dass sie ein Büro in Managua eingerichtet hat. Daniel Edmundo Ortega Murillo, Medienkoordinator des Rates für Kommunikation und Bürgerschaft, bekundete den festen Willen, die Zusammenarbeit fortzusetzen, um gemeinsame Herausforderungen im Kommunikationsbereich zu bewältigen.

In Peking wurde ein Memorandum zwischen dem Ministerium für Entwicklung, Industrie und Handel der Republik Nicaragua und dem Handelsministerium der Volksrepublik China mit dem Ziel unterzeichnet, eine Arbeitsgruppe zur Erleichterung des Handelsflusses zwischen den beiden Ländern einzurichten. Dabei sollen das Potenzial der mit Nicaragua unterzeichneten Kooperationsabkommen wie das Frühernteabkommen, der Beitritt Nicaraguas zur „Belt and Road“-Initiative sowie die Fortschritte bei den laufenden Verhandlungen über das bilaterale Freihandelsabkommen erörtert werden.

„Jetzt atmen wir mehr Frieden in Nicaragua“

Quelle: *Diario Barricada, Prensa Latina*



Am 8. Februar beschloss die Strafkammer Eins des Berufungsgerichts von Managua, 222 Personen, die in Nicaragua wegen Anstiftung zu Gewalt, Terrorismus und wirtschaftlicher Destabilisierung verurteilt worden waren, zu Vaterlandsverrättern zu erklären, ihnen die Staatsbürgerschaft zu entziehen und sie in die Vereinigten Staaten auszuweisen.

In diesem Zusammenhang hatte die Nationalversammlung das Reformgesetz zu Artikel 21 der politischen Verfassung verabschiedet, das festlegt, dass Verräter am Vaterland ihre Staatsangehörigkeit verlieren. Die Ausweisung in die USA erfolgte sofort per Flugzeug. Es gab Absprachen mit dem

USA-Botschafter. Die spanische Regierung bot den Ausgewiesenen die spanische Staatsbürgerschaft an und lud sie nach Spanien ein. Unter den ausgewiesenen Personen befinden sich Dora Maria Tellez und Victor Hugo Tinoco. Sie waren in den 1980er Jahren unter anderem Gesundheitsministerin beziehungsweise Vizeaußenminister.

Comandante Daniel Ortega betonte in seiner Botschaft an die Familien, in der er auf die souveräne Entscheidung des nicaraguanischen Staates einging, dass jetzt mehr Frieden herrsche. „Alles, was wir tun, dient dazu, den Frieden zu gewährleisten. Wir haben nichts verlangt. Dies ist kein Tauschhandel, das ist eine Frage des Prinzips, der Würde... Sie säten Terror, Tod und Zerstörung hier in Nicaragua... Hier wurde nicht verhandelt, denn die Souveränität des Landes, die Würde der Heimat, wird nicht verhandelt.“

Comandante Daniel Ortega erklärte weiter, dass Rolando Álvarez (Bischof von Matagalpa) sich weigerte, der Ausweisungsentscheidung des nicaraguanischen Staates zu folgen. Álvarez entschied, im Gefängnis zu bleiben. Am 10. Februar 2023 verkündete Octavio Rothschuh Andino, Präsident des Tribunals des Berufungsgerichts von Managua, das Urteil gegen Rolando José Álvarez Lagos. Bischof Álvarez wurde wegen Untergraben der Unabhängigkeit, Souveränität und Selbstbestimmung des Volkes und Anstiften zu Gewalt, Terrorismus und wirtschaftlicher Destabilisierung zu einer Freiheitsstrafe von 26 Jahren und 4 Monaten verurteilt.

Am 15. Februar 2023 verlas der Oberste Richter des Tribunals des Berufungsgerichts von Managua Ernesto Rodríguez Mejía das Urteil gegen weitere 94 Personen, denen wegen Landesverrat die nicaraguanische Staatsbürgerschaft aberkannt wurde. Es handelt sich um Personen, die bereits längere Zeit im Ausland leben. Unter ihnen befinden sich Mónica Baltodano, Julio López, Gioconda Belli, Moisés Hassan, Sergio Ramírez und Carlos Fernando Chamorro. In den 1980er Jahren waren Sergio Ramírez Vizepräsident der Republik, Mónica Baltodano Leiterin der Abteilung Organisation und Massenorganisationen bei der Nationalleitung der FSLN und später Leiterin des Sekretariats des Präsidenten, Julio López Leiter der Internationalen Abteilung bei der Nationalleitung der FSLN und Carlos Fernando Chamorro Leiter der Abteilung Agitation und Propaganda bei der Nationalleitung der FSLN und Chef der Tageszeitung *Barricada*. Sergio Ramírez und Mónica Baltodano gründeten 1995 die Bewegung der Sandinistischen Erneuerung, die sich 2006 von der FSLN trennte und mit dem eigenen Kandidaten Herty Lewites zur Präsidentschaftswahl antrat. Er verstarb in der Zeit der Wahlkampagne und wurde durch Edmundo Jarquín ersetzt.

Lateinamerika: Revolution oder Transformation?

Wolfgang Herrmann, gestützt auf Informationen von teleSUR, Prensa Latina und tortilla con sal.



Lateinamerika und die Karibik wenden sich zurzeit nach links. Der Integrationsprozess schreitet voran. In den Schlüsselländern für die geopolitische Ordnung der Region verliert die reaktionäre Rechte die Regierung gegen die Mitte-Links-Bewegung.

Das geht Washington gegen den Strich. Es entwarf die Strategie der verdeckten Putschversuche, offenen Sanktionen und Invasionsdrohungen und setzt sie gegen die „Abweichler“ ein.

Natürlich ist der Subkontinent nicht von der allgemeinen Dynamik auf dem Planeten ausgeschlossen. Lateinamerika und die Karibik standen schon immer im Mittelpunkt fortschrittlicher Befreiungskämpfe. Nach der Niederlage des sozialistischen Lagers in Europa nahmen das unipolare Denksystem der westlichen „Demokratien“ und damit der Aufbau einer auf den Monetarismus zugeschnittenen Ordnung auf der Weltbühne Platz. Dieser Ordnung widersetzt sich die Mehrheit der Länder Lateinamerikas und der Karibik, die eine multipolare Weltordnung bevorzugen.

Die fortschrittlichen Befreiungsprozesse sind nicht unbedingt mit revolutionären Veränderungen verbunden. Die ehemaligen reaktionären und revolutionären Pole haben sich auf die kühlere Dialektik zwischen Konservativem und Progressivem eingestellt. Nicht alle linken und progressiven Regierungen Lateinamerikas und der Karibik betrachten den Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus. Zudem gibt es unterschiedliche Vorstellungen vom Sozialismus. An seine Stelle tritt vorerst der Wandel. Kuba, Nicaragua und Venezuela trugen jedoch dazu bei, Lateinamerika und die Karibik zu einer Region zu machen, die der Revolution nicht abschwört. Ihre regierenden Parteien haben verstanden, dass die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft eine Geschichte von Klassenkämpfen ist.

Die Geschichte Lateinamerikas und der Karibik kann nicht von der Geschichte der USA getrennt werden. Der Subkontinent erlebte ständig den Konflikt zwischen Unabhängigkeit und Annexion. Der wiederum resultiert aus dem Streit zwischen monroistischem und bolivarischem Denken. Der

Gedanke Monroes führte zur panamerikanischen Idee. Sie bestimmt die Hegemonie der USA über die Region. Die übrigen Länder sollen Untertanen sein. Der Gedanke Bolívars entstand aus der Notwendigkeit, sich zu koordinieren, um die „spanischen Kolonien durch amerikanische Republiken abzulösen“. 1891 erschien das Essay „Nuestra América“ („Unser Amerika“) von José Martí. Darin beschrieb er die Idee Bolívars von der Einheit und Integration. 1929 veröffentlichte Augusto Cesar Sandino den Plan zur Erfüllung des Traums Bolívars von der Einheit Lateinamerikas.

Die Beziehungen der USA zu jedem lateinamerikanischen oder karibischen Land und zum gesamten Subkontinent bestimmten seit jeher die sich abwechselnden sozialen und politischen Systeme der Länder. Revolutionäre und reformistische Erfahrungen entstanden. Wahlsiege der Rechten oder der antikapitalistischen Linken wechselten sich ab. Im Verlauf dieser Prozesse sind politische Modelle gereift, die mit der Beendigung der Unterordnung des Subkontinents zu tun haben. Die Beziehungen Lateinamerikas und der Karibik zu den USA spielen also eine wichtige Rolle im Denken und Handeln der linken und Fortschrittskräfte der Region.

Innerhalb dieser Kräfte haben sich drei Tendenzen herausgebildet. Die *revolutionäre Tendenz* lebt und regiert auf Kuba, in Nicaragua und Venezuela. Dort existiert eine in revolutionären Prozessen geborene Linke, die weiß, wie gesiegt und anschließend verteidigt wird. Ihre Modelle sind Alternativen zum Kapitalismus. Die zentrale Achse ihres Projekts ist die Rolle des Staates als allgemeines politisches Subjekt und Regulator des Marktes. Sie sind von einer sozialökonomischen Ordnung mit einem gemischten Wirtschaftsmodell sozialistischer Natur überzeugt, die den Kapitalismus überwindet. Wegen des subversiven Charakters der entmachteten Klassen, die den USA untertan waren und sind, verteidigen sie das politische und institutionelle Terrain mit ihrem Machtmonopol. Sie bauen ihre Außenpolitik auf der Grundlage nationaler Interessen und internationaler Solidarität auf. Sie fördern die Einheit, die regionale Zusammenarbeit und Integration des Subkontinents und profitierten davon. Sie sind von der Nützlichkeit kontinentaler Institutionen für Freiheit und Gleichheit ohne USA und Kanada überzeugt. Sie lehnen die OAS und alle anderen von Washington gegründeten und gelenkten Organisationen als Mittel der politischen Kontrolle über den Subkontinent ab. Sie verurteilen und bekämpfen die Unterdrückungspolitik der USA und üben Solidarität mit den Opfern der permanenten Destabilisierung.

Die *reformistische Tendenz* ähnelt der europäischen Sozialdemokratie des späten 20. Jahrhunderts. Zu ihr zählen die Regierungen in Bolivien, Chile, Honduras und Brasilien. Sie arbeiten für einen sozialen Ausgleich in ihren

Ländern und für die Unabhängigkeit von den USA, dulden aber deren Rolle in der kontinentalen Geopolitik. Sie sind für die Einheit des Subkontinents, die regionale Zusammenarbeit und Integration. Sie halten einen ständigen Dialog mit der alternativen Linken für sinnvoll und betrachten ihn als Bindeglied zwischen den verschiedenen progressiven und sozialistischen Ausdrucksformen.

Die *progressive Tendenz* ist liberal in der Wirtschaft und progressiv in den Bürgerrechten. Sie erscheint in den Regierungen Mexikos, Argentiniens, Kolumbiens und Perus. Sie betont die Rolle des Staates als Ordnungsorgan der Gesellschaft unter Verzicht auf jegliche Eingriffe in die Wirtschaft. Ihre Vertreter glauben, dass der Markt sich selbst reguliert. Diese Tendenz der „leichten“ Linken gefällt den Rechten, denn sie hinterfragt nicht das politische System. Sie präsentiert die importierte Version des Bürgerrechts. Importierte politische Systeme sind jedoch fragil. Sie berücksichtigen nicht die eigenen sozialökonomischen Erfahrungen. Die „leichten“ Linken bevorzugen ein Modell der sozialen Demokratie, das von Natur aus die Stärkung der Mittelschicht fördert. Diese wird als sozialökonomischer und kultureller Motor angesehen. Bei den Vertretern dieser Tendenz besteht die Gefahr, dass sie zum Ankläger der Linken werden, mit denen sie kooperierten, bevor sie an die Regierung kamen. Zum Beispiel kritisieren sie die Regierungen von Kuba, Nicaragua und Venezuela, wenn diese ihre Mittel zum Machterhalt einsetzten. Die „leichte“ Linke sieht den historischen Liberalismus Lateinamerikas und nicht den Sozialismus als Alternative. Sie will die kapitalistische Realität nicht abschaffen, sondern verbessern.

Wenn in Lateinamerika und der Karibik linke oder Fortschrittskräfte die Wahlen gewinnen, dann haben sie noch nicht die Macht gewonnen, um das System ändern zu können. Um alternativ zu sein, müssten sie eine völlig andere Gesellschaft erstreben, die Machtverhältnisse zwischen den Klassen verändern und das Gewicht der wirtschaftlichen und militärischen Kräfte verringern. Wenn nach gewonnenen Wahlen nicht das Kräfteverhältnis verändert wird, dann werden diejenigen geändert, die verändern wollten. Ein markantes Beispiel dafür war die Entwicklung in Ecuador während der Regierungszeit von Lenín Moreno.

Der VII. CELAC-Gipfel, der am 24. Januar 2023 in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires stattfand, widerspiegelte den Fortschritt, der sich in der Entwicklung der Region vollzog. Die Präsidenten Andrés Manuel López Obrador aus Mexiko und Alberto Fernández aus Argentinien hatten CELAC während ihrer Pro-Tempore-Präsidentschaften aus dem Koma geholt. Die Völker „Unseres Amerikas“ haben aus der Vergangenheit gelernt. Der Gipfel

würdigte den Wiederbeitritt Brasiliens in die CELAC. Die Anwesenheit des brasilianischen Präsidenten Lula da Silva war ein Zeichen des Engagements für Einheit und gemeinsame Arbeit in der Region. Die Teilnehmer verurteilten die Inhaftierung des peruanischen Präsidenten Pedro Castillo und die Unterdrückung seines Volkes durch das Putschregime der De-facto-Präsidentin Dina Boluarte.

Der Gipfel verabschiedete die Deklaration von Buenos Aires. Die Regierungen bekräftigten ihr Engagement für die Entwicklung der regionalen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Einheit und Integration sowie für die weitere Zusammenarbeit zur nachhaltigen Bewältigung der Gesundheitskrise infolge der Covid-19-Pandemie. Außerdem wurde die Bereitschaft bekräftigt, für den internationalen Klimaschutz zusammenzuarbeiten. Die 111 Punkte des Dokuments bilden eine solide Arbeitsgrundlage, um die Zukunft zu gestalten. In der Erklärung wird die volle Gültigkeit der Proklamation Lateinamerikas und der Karibik als Zone des Friedens hervorgehoben und das Engagement für Demokratie, Förderung, Schutz und Achtung der Menschenrechte betont. Die Teilnehmer bekundeten ihren Willen, nach Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen, bei Beachtung der Vielfalt der politischen Ansichten und ideologischen Ausrichtungen, zu streben. Diese Einheit der Vielfalt ist faszinierend und kann als Vorbild für Dialoge zur Beilegung von Konflikten dienen. Sie birgt aber auch ein gewisses Risiko in sich. Wenn die progressive Tendenz in CELAC die Oberhand gewinnt, dann könnte der revolutionäre Inhalt der ursprünglichen Idee der Gründerväter Fidel Castro und Hugo Chávez verwässert werden. Nicht ohne Grund forderte Venezuelas Präsident Nicolás Maduro in seinem Videobeitrag: „Es ist an der Zeit, dass CELAC von innen heraus aufgebaut wird, mit einer sehr klaren Vision von der Zukunft unserer Länder. Es ist notwendig, solide Grundlagen für den Aufbau der Union zu legen.“ Er schlug den Aufbau einer eigenen Organisationsarchitektur der CELAC und die Schaffung eines Generalsekretariats vor.

Der Präsident der VR China Xi Jinping betonte in einer Videobotschaft an den Gipfel, dass die Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten sich zu einer unverzichtbaren Kraft in der Süd-Süd-Kooperation entwickelt habe. Die VR China sei bereit, das China-CELAC-Forum zu stärken. Die Beziehungen sollen nach den Prinzipien der Gerechtigkeit, des gegenseitigen Nutzens, der Innovation, der Offenheit und des sozialen Wohlergehens entwickelt werden.

Zum Abschluss des Gipfels ließ der argentinische Präsident Alberto Fernández über die Pro-Tempore-Präsidentschaft der CELAC abstimmen.

Sie wurde an den Premierminister von St. Vincent und Grenadinen Ralph Gonsalves übergeben. Damit übernahm erstmals ein Land der englischsprachigen Karibik den Vorsitz der CELAC.

Das Gipfeltreffen zeigte viel Licht, aber auch einzelne Schatten. Solche warfen die transnationalen Desinformationsmedien: „Der CELAC-Gipfel findet ohne Maduro statt“; „Der CELAC-Gipfel wird mit viel Abwesenheiten abgehalten“; „López Obrador distanziert sich von Alberto Fernández, reist nicht nach Buenos Aires“. Die Schlagzeilen vermittelten den Wunsch nach Scheitern des Gipfels. Das Engagement der CELAC-Mitgliedstaaten für Integration und Einheit überdeckte nicht die ausgedehnte Präsenz von US-Militärbasen auf dem gesamten Kontinent, die ständigen Interventionen westlicher Mächte in der Region, die Schikane und Verachtung gegenüber indigenen und afrostämmigen Völkern, die Anwendung von „Lawfare“-Methoden gegen prominente politische Persönlichkeiten in verschiedenen Ländern und die grobe Manipulation von Menschenrechtsinstitutionen. Die Erfolge bei Wahlen führten dazu, dass Initiativen zur Sabotage der lateinamerikanischen und karibischen Einheit wie die Lima-Gruppe überwunden werden konnten. Diese Gruppe, die Venezuelas rechtmäßigen Präsidenten Maduro ignorierte und den von Washington beförderten Interimspräsidenten Juan Guaidó anerkannte, wurde zeitweilig von Argentinien, Barbados, Bolivien (während des Putschregimes), Brasilien, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Grenada, Guatemala, Guyana, Haiti, Honduras, Jamaika, Mexiko, Panama, Paraguay, Peru und St. Lucia unterstützt. Der Atem der grausamen Interventionspolitik Washingtons gegen Venezuela war auf dem Gipfel immer noch zu spüren. Die Präsidenten Chiles, Paraguays und Uruguays kritisierten „die mangelnde Demokratie“ in Venezuela. Es ist offensichtlich, dass die USA und ihre Verbündeten ihre Manipulations- und Zwangsmacht in der Region aufrechterhalten wollen. Sie warten nur auf günstige Bedingungen, um sie anzuwenden.

Das Licht des VII. CELAC-Gipfels ist jedoch unübersehbar. Es ist zu erwarten, dass die linken und Fortschrittskräfte Lateinamerikas und der Karibik ihre Differenzen überwinden und die Kräfte bündeln werden. Das ist möglich, wenn bestimmte Kräfte der progressiven Tendenz aufhören, Verbündete mit Feinden zu verwechseln; wenn sie aufhören, revolutionäre Prozesse als Bedrohung statt als Vorteil zu sehen. Ähnliches kann man dem radikalen Teil der revolutionären Tendenz gegenüber linken und progressiven Regierungen empfehlen. Sie alle wollen nicht mehr Wirtschaftspflanzen für andere sein. Sie wollen eigene Bäume in eigenen Gärten. Es wächst die Vernunft, trotz der unterschiedlichen politischen Ansätze, einig in den Forderungen gegenüber den USA und Europa zu sein. Das ist auch unbedingt notwendig,

denn der Subkontinent verfügt über alle Ressourcen, die der Norden benötigt und erobern will. Es wäre nicht klug, die Solidarität der Brüder gegen das Wohlwollen der Henker einzutauschen.

Inhalt:

Solidaritätskonferenz in London	1
Vierzehn neue Botschafter in Managua	3
Manuel Antonio García Moia gestorben	4
Der Volksaufstand im indigenen Viertel Monimbó	5
Haus der Souveränität	6
Adelante-Programm zahlt neun Millionen Córdoba aus	9
Wirtschaft entwickelt sich positiv	10
Nicaragua und China bekräftigen Zusammenarbeit	12
Jetzt atmen wir mehr Frieden in Nicaragua	13
Lateinamerika: Revolution oder Transformation?	15

Redaktionsschluss: 27. Februar 2023

Übersetzung der spanischen Texte: Wolfgang Herrmann

Nueva Nicaragua Informe (NNI) vermittelt seinen Freundinnen und Freunden Wissen über die Entwicklung Nicaraguas und der lateinamerikanischen Region sowie über die Solidaritätsarbeit mit Nicaragua und dieser Region. *NNI* bezieht sich dabei auf die Analyse aktueller und historischer gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Prozesse und Ereignisse in Nicaragua und in dieser Region, verallgemeinert und verbreitet sie. *NNI* unterstützt alle der Völkerverständigung und dem Frieden dienenden Bestrebungen.

Impressum:

Herausgeber: Wolfgang Herrmann (V.i.S.d.P.)
Dreesch 18, 17291 Grünow
Telefon 039857-139003
Email: ing-herrmann@online.de